

«Ausgleichende Gerechtigkeit»

SONNTAGSGESPRÄCH Zwei Künstler fordern von der Schweiz 68 Milliarden Franken fürs Volk – so viel wie die UBS erhalten hat

VON JÜRIG KREBS

Es ist wohl die grösste Forderung, die zwei Schweizer Privatleute jemals an den Staat gerichtet haben. 68 Milliarden (!) Franken wollen Arthur Berini und Marco Pellanda – gleich viel, wie die UBS erhalten hat. Die beiden Zürcher Künstler fordern das Geld nicht aufs eigene Konto, sondern in einen Fonds für das Volk. Es könne nicht angehen, dass die Wirtschaft so viel Unterstützung erhalte und die Schweizerinnen und Schweizer, die auch noch die Folgen der Krise zu tragen hätten, leer ausgehen. Die Idee ist ausgefallen, doch wird sie als «ausgleichende Gerechtigkeit» verstanden. Um ihre Idee durchzusetzen, haben Berini und Pellanda die Künstlerpartei Schweiz gegründet und eine Initiative eingereicht. Ihr Ziel: Im Bundesparlament soll über eine neue Gesellschaft diskutiert werden.

Sie fordern 68 Milliarden Franken von der Schweiz für ihr Volk – kann jetzt jeder vom Bund Geld verlangen?

Arthur Berini: Dass Sie dies als seltsam bezeichnen, verwundert mich nicht. Die Idee entspringt nicht einer gängigen Denkweise.

Nicht? Was steckt dahinter?

Berini: Das Problem ist, dass in unserem Land das allgemeine Denkschema vom Gedankengut der Wirtschaft dominiert wird. Jedes Thema wird aus wirtschaftlicher Sicht betrachtet. Wenn wir dies weiterhin tun, dann ändert sich trotz allgemeiner Ernüchterung nichts an der gegenwärtigen Wirtschaftsmisere. Wir haben deshalb einen anderen Ansatz gesucht.

Und der wäre?

Berini: Es braucht einen irrationalen Akt, einen Impuls...

... die Initiative ...

Berini: ... um die verhärtete Denkstruktur zu durchbrechen. Mit der Initiative machen wir deutlich, dass eine von der Wirtschaft gelenkte Politik 68 Milliarden Franken zur Rettung einer Bank spricht, die bisher nichts von Staatsintervention wissen wollte. Um dies zu verdeutlichen, halten wir den Spiegel hin.

Ihr spiegelt also die 68 UBS-Milliarden mit 68 Volksmilliarden?

Berini: Ja.

Ein irrationaler Impuls – bedeutet dies, die Initiative ist aus einem bestimmten Gefühl heraus entstanden?

Berini: Nicht nur. Die aktuelle Wirtschaftskrise ist kein Gefühl, sondern real. So können wir nicht weitermachen, sonst folgt auf diese Katastrophe bald die nächste. Wir müssen umdenken.

Was fordern Sie?

Berini: Eine andere Optik. Der Mensch und sein soziales Umfeld müssen wieder ins Zentrum aller Überlegungen rücken. Früher legte man in guten Zeiten Geld zurück für schlechte Zeiten. Heute wird in guten Zeiten der Gewinn abgezogen und in schlechten Zeiten die Firma geschlossen. Das ist ein unmenschliches System, das den Menschen zu einer reinen Ware degradiert oder, um in der Managersprache zu bleiben, zu einer Human Resource – zum Rohstoff Mensch. Wir müssen zurück zu einer realeren Wirtschaft, zu einer Wirtschaft, die der Gesellschaft dient und nicht einzelnen habgierigen Managern.

Marco Pellanda: 2008 wurde in der Schweiz eines deutlich: Die Wirtschaft



Berini und Pellanda vor dem Werk «Durchschaubares Amerika» in der Galerie AktivArte in Männedorf. «Es ist die Sicht des Bürgers, der jetzt auch noch die Kollateralschäden zu erdulden hat.»

BILD: JÜRIG KREBS

macht unseren Staat aus. Dabei wird vergessen, dass das Fundament jedes demokratischen Staates der Bürger ist, also der Mensch.

Sie haben vor einer Woche die Künstlerpartei Schweiz gegründet. Sind Künstler die besseren Politiker?

Pellanda: Die Kunst hat mehrfach bewiesen, dass sie die Sicht auf die Dinge verändern kann. Nehmen Sie nur den in Zürich gegründeten Dadaismus.

Berini: Der Künstler hat durch seine Arbeitsweise meist einen anderen Lebensrhythmus – oft arbeitet er wie ich in die Nacht hinein –, sehe die Dinge buchstäblich mit anderen Augen.

Warum die Initiative, hätte eine aufsehenerregende Aktion nicht gereicht?

Pellanda: Es geht um ausgleichende Gerechtigkeit. Der UBS wurden in Rekordzeit, ohne Auflagen und zudem am Volk vorbei 68 Milliarden Franken geschenkt, während zuvor über Jahre soziale Initiativen abgeschmettert wurden.

Die Hilfe geht zwar an die UBS, soll aber die Schweizer Wirtschaft stützen, was allen zugute kommen soll.

Pellanda: Seit der Zustimmung des Schweizer Parlaments zu den 68 Milliarden Franken unterstehen wir einer Parlamentsdiktatur.

Wie bitte?

Pellanda: Wir kritisieren nicht die Not-

wendigkeit des Kredits. Wir kritisieren, dass wir über allerlei abstimmen dürfen, aber jetzt, wo es um einen historisch hohen 68-Milliarden-Franken-Kredit geht, dürfen wir es nicht. Der wirtschaftsdominierte Bundesrat und das ebenso wirtschaftsdominierte Parlament haben am Volk vorbei entschieden. Dass dies möglich ist, sagt vieles über den Zustand unseres Landes.

Ist das Wirtschaftssystem aus Ihrer Sicht lernfähig, damit sich Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen?

Berini: Die Banker schreien: «Nur keine Einschränkungen.» Dem hat der Bundesrat entsprochen. Wie sollen sie also lernen, dass sie sich mässigen müssen, wenn sie keine Auflagen haben? Gandhi hat gesagt, dass die Kritikfähigkeit einer Macht über ihre weitere Existenz entscheidet.

Warum soll ein Volks-Fonds mit 68 Milliarden ausgerechnet die Sozialwerke (AHV, IV, ALV) stützen?

Pellanda: Sie sind eine grosse Errungenschaft der Schweiz, basierend auf Solidarität. Wie heisst es in der Nationalhymne treffend: «Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern.» Die Sozialwerke wurden zuletzt durch eine rein wirtschaftsorientierte Denkweise in Misskredit gezogen.

Berini: Es ist eine psychologische Geste an das Volk. Wenn wir so viel Geld für die Wirtschaft ausgeben, dann haben wir auch Geld für die Sozialwerke, die nicht zuletzt wegen der Wirtschaft finanzielle Löcher haben.

Wie viel Sinn macht es, wenn der Bund einen Fonds öffnet – das Geld bleibt sowieso beim Staat?

Pellanda: Ja. Aber beim Volksfonds ist garantiert, dass das Volk über die Sozialwerke direkt davon profitiert. Das Geld kann von der Politik nicht mehr in andere Kanäle umgelenkt werden.

Sie wollen einen 68-Milliarden-Kredit an die UBS mit einem 68-Milliarden-

Arthur Berini

Der 58-jährige Zürcher bezeichnet sich als «Utopist mit Realitätsbezug». Der gelernte Bauzeichner arbeitet seit 1981 als freischaffender Künstler. Im Atelier in Wollishofen entstehen unterschiedliche Werke. In freien Arbeiten beschäftigt er sich mit philosophischen, religionsgeschichtlichen, aber auch tiefenpsychologischen Fragen. www.arthurberini.com

Kredit an das Volk ausgleichen. Ist das die andere Sichtweise, die Sie angesprochen haben?

Berini: Es ist die Sicht von unten, vom Bürger. Es ist die Sicht eines Volkes, das zusehen musste, wie sich die Wirtschaftsbosse bereichern haben und nun, wo es nichts mehr zu holen gibt, muss es auch noch die Kollateralschäden in Form von Geldmangel und von Entlassungen erdulden. Das ist die Realität.

Sie vertreten eine soziale Sicht, zugeben – aber ist sie so anders, wie es Ihr Anspruch ist?

Pellanda: Wir haben die Sozialwerke bewusst gewählt, um unverdächtig zu bleiben, denn die Sozialwerke betreffen jeden. Hätten wir Geld gefordert, um beispielsweise die Kultur zu stärken, dann hätte man uns Eigeninteresse vorgeworfen. Man hätte Familien, kleine und mittlere Betriebe und vieles mehr fördern können, was für die Schweiz von grosser Bedeutung ist.

Es kommt der Verdacht auf, das Ganze sei ein PR-Gag in eigener Sache.

Pellanda: Wir wissen, dass dieser Vorwurf kommt, es geht aber nicht um PR. Ich habe mich als Künstler nie darum bemüht, im «Sonntags-Blick» auf der People-Seite aufzutreten.

Warum die Form der Initiative?

Pellanda: Wir wollen eine Diskussion um Werte. Die Initiative ist die einzige Möglichkeit, dass das Thema im Parlament diskutiert werden muss.

Aber Geld an sich ist kein Wert.

Pellanda: Nein, genau darum geht es. Es geht um ein Gleichgewicht zwischen der Gesamtwirtschaft und den Bedürfnissen der Bürger. Das wollen wir deut-

Marco Pellanda

Der 54-jährige Zürcher Fotograf war lange Zeit vor allem als Modefotograf tätig. Seit 1990 macht er überwiegend «inszenierte Photographie». Einmal pro Jahr gestaltet er für einen ausgewählten Kunden den Wohnraum. Seine Kunst bezeichnet Pellanda als «politische Kunst» zu aktuellen Themen. www.marcopellanda.com

lich machen. Schlussendlich geht es aber um mehr: Es geht um unser soziales Verhalten, den Respekt vor dem Mitmenschen. Ein Respekt, den das jetzige Wirtschaftssystem nicht mehr vorlebt. Im Gegenteil, es fördert den Egoismus.

Berini: Wir haben heute zu viel System und zu wenig Mensch. Zu viel Norm und zu wenig Menschlichkeit.

Sie fordern Kreativität, wählen aber dennoch die traditionellen Methoden der Politik: Partei, Initiative.

Berini: Wir müssen uns innerhalb des herrschenden Systems bewegen, treten dabei im Sinne eines Hofnarrs auf, der unbequeme Wahrheiten ausspricht. Winston Churchill sagte einmal: Der Mensch muss wenigstens einmal im Leben der nackten Wahrheit ins Gesicht schauen. Meist hat er nachher genug davon. Ich bin der Meinung: Um ein verantwortungsvoller Demokrat zu sein, muss man die Wahrheit kennen, sonst kann man keine richtige Verantwortung übernehmen. Zudem: Eine Partei wird in ihrem politischen Anspruch ernster genommen als etwa ein Verein.

Folgt nun der Gang der Künstlerpartei durch die Institutionen – in Form von Mandaten?

Berini: Diese Frage lassen wir offen. **Pellanda:** Wir wollen zunächst die Initiative durchbringen.

Berini: Es ist denkbar, dass einmal Mitglieder Ämter anstreben. Uns geht es primär darum, die kreativen Kräfte der Kunstszene, die vor allem belächelt und zu Unterhalten degradiert werden, aus ihrem gesellschaftlichen Getto mitten ins Geschehen zu stellen. Dort, in der Politik, in der Wirtschaft in der Gesellschaft, ist heute mehr Kreativität denn je gefragt.

Die 68-Milliarden-Franken-Initiative

Die **Künstlerpartei Schweiz** wurde am letzten Sonntag in der Stadt Zürich gegründet. Ihren Sitz hat sie allerdings in Feldmeilen. Waren an der Gründungsversammlung 12 Personen anwesend, wuchs die Mitgliederzahl inzwischen auf über 80. Marco Pellanda und Arthur Berini amten als Co-Präsidenten. Am Freitag hat die Partei ihren **Initiativtext zur Vorprüfung bei der Bundeskanzlei in Bern deponiert**: Sie verlangt 68 Milliarden Franken für das Volk. In den kommenden 68 Jahren sollen pro Jahr mindestens 1 Milliarde Franken in die Schweizer Sozialwerke (AHV, IV, AL) fliessen. Um als gültig erklärt zu werden, sind 120 000 gültige Unterschriften nötig. Mit der Sammlung wird nach Angaben der Künstlerpartei Anfang 2009 begonnen. (JK)